



Allgemeiner Studierendenausschuss
der Johannes Gutenberg-Universität Mainz

PRESSEMITTEILUNG VOM 08.11.2019

MAINZER STUDIERENDE GEHEN AUF DIE STRASSE!

Damit sie in Zukunft nicht auf der Straße leben.

AStA Universität Mainz
Arbeitsbereich für Presse- und
Öffentlichkeitsarbeit
Staudingerweg 21
55128 Mainz
presse@asta.uni-mainz.de

Über 150 Studierende und Auszubildende demonstrierten am Mittwochnachmittag für bezahlbaren Wohnraum. Mit Sprüchen wie „Es soll sich wieder lohnen hier in Mainz zu wohnen“ zogen die jungen Menschen vor das Finanzministerium, um lautstark auf die Unterfinanzierung des Studierendenwerks aufmerksam zu machen.

Mainz. Der Allgemeine Studierendenausschuss (AStA) der Hochschule und der Universität Mainz, sowie das Wohnheimparlament und die Wohnheim-Vertretungen der Wohnheime des Mainzer Studierendenwerks haben am Mittwoch zur Demonstration für bezahlbaren Wohnraum aufgerufen.

„Mit 353 Euro liegt Mainz in diesem Jahr auf Platz 1 der Wohnheimmieten - mit etwa 100 Euro über dem Bundesdurchschnitt“, erklärt Jan-nik Volk, Referent für Hochschulpolitik des AStA der JGU Mainz. Selbst mit der aktuellen Erhöhung des BAföG-Satzes für Wohnen auf 325 Euro ist die Miete nicht zu bezahlen. *„Dafür, dass die Wohnheime keine privaten Anbieter sind, ist das eine echte Unverschämtheit“,* beschwert sich der 24-jährige Sebastian G., der im Wohnheim Kisselberg lebt. Im Frühjahr wurde die Miete um 15 Euro angehoben. *„Teile der Mieterhöhung werden für Belange verwendet, die uns nicht betreffen, wie die Sanierung der Mensa“,* sagt er mit einem bitteren Lächeln.



Allgemeiner Studierendenausschuss
der Johannes Gutenberg-Universität Mainz

Auch WG-Zimmer sind in Mainz mit mittlerweile durchschnittlich 400 Euro fast 67 Euro teurer als noch vor fünf Jahren und ohne finanzielle Unterstützung der Familie schwer zu bezahlen. *„Über Studium und Zukunft entscheiden oft die Eltern“*, betont Elias Langer, Mitglied der AG Mieten des Wohnheimparlaments in Mainz. Wenn die Eltern ihre Kinder finanziell nicht unterstützen können, wird es kritisch. *„Wir wollen, dass jeder den gleichen fairen Zugang zu Bildung hat, damit man in der Stadt studieren kann, in der man auch möchte“*, betont Langer. Von Akademiker*innen-Kindern studierten etwa 79 Prozent, bei Arbeiter*innen-Kindern seien es bloß 27 Prozent. Zusätzlich sinken die Studierendenzahlen an der JGU Mainz derzeit dramatisch. *„Wir glauben, dass es auch mit den Mieten zusammenhängt“*, so Langer.

Der Demonstrationzug startete am Hauptbahnhof und führte über Münster-, Schiller- und Gutenbergplatz mit dem Zielpunkt des Ernst-Ludwig-Platzes – gegenüber liegt das Finanzministerium, das zum Teil für die prekäre Lage verantwortlich ist. *„Für die neuen Wohnheime mussten Kredite aufgenommen werden, weil es vom Land Rheinland-Pfalz kaum Unterstützung gab“*, erklärt Langer. Knapp 200 Euro der Miete würden pro Monat für die Rückzahlung der Schulden eingeplant.

„Studentisches Wohnen hat in Mainz scheinbar keine Priorität“, bedauert Langer. Die Verantwortung des Landes werde so auf den Bund geschoben mit folgender Konsequenz: *„der Bund hat das BAföG angehoben und das Land die Mieten erhöht“*, sagt Langer. Um die Thematik der bezahlbaren Mieten wieder zur Debatte zu machen, sammelt das Wohnheimparlament Stimmen für eine Petition, die Anfang Dezember in den Landtag eingereicht wird. *„Die Landesregierung soll*

ASTA Universität Mainz
Arbeitsbereich für Presse- und
Öffentlichkeitsarbeit
Staudingerweg 21
55128 Mainz
presse@asta.uni-mainz.de



Allgemeiner Studierendenausschuss
der Johannes Gutenberg-Universität Mainz

*endlich ihre Verantwortung für Chancengleichheit und den Zugang für
Bildung in Rheinland-Pfalz übernehmen“, betont Langer.*

Link: <https://bit.ly/2pVXL71>

AStA Universität Mainz
Arbeitsbereich für Presse- und
Öffentlichkeitsarbeit
Staudingerweg 21
55128 Mainz
presse@asta.uni-mainz.de